

Zeitschrift: Schweizer Frauenblatt : Organ für Fraueninteressen und Frauenkultur
Herausgeber: Bund Schweizerischer Frauenvereine
Band: 38 (1956)
Heft: 45

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schweizer Frauenblatt

Abonnementspreis: Für die Schweiz per Post jährlich Fr. 13.50, halbjährlich Fr. 7.50. Auslands-Abonnement pro Jahr Fr. 16.—, Einzel-Nummern kosten 25 Hapfen. Erhältlich auch in sämtlichen Bahnhof-Kiosken. Abonnements-Einzahlungen auf Postcheck-Konto VIII b 58 Winterthur

Publikationsorgan des Bundes Schweizerischer Frauenvereine
Verlag: Genossenschaft «Schweizer Frauenblatt», Zürich
Redaktion: Frau B. Wehrli-Knobel, Bürgenriedstrasse 42b, Zürich 55, Tel. (051) 35 30 65
Inserten-Annahme: Rückstell-Anzeigen, Forchstrasse 96, Zürich 52, Tel. (051) 32 76 98, Postcheck-Konto VIII 16327
Administration, Druck und Expedition: Buchdruckerei Winterthur AG., Tel. (052) 22 52, Postcheck-Konto VIII b 58

Organ für Fraueninteressen und Frauenaufgaben

Insertionspreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder auch deren Raum 15 Rp. für die Schweiz, 30 Rp. für das Ausland. Reklamen: Schweiz 45 Rp., Ausland 75 Rp. Chiffregebühr 50 Rp. Keine Verbindlichkeit für Placierungsvorschriften der Inserate. Insertenschluss Montagabend

Ungarn blutet für die Freiheit

Das ganze ungarische Volk ruft um Hilfe

BWK. Nachdem wir schon, die wir mit Besorgnis den tapferen Befreiungskampf der Ungarn gegen die sowjetische Unterdrückung verfolgten, mit Genugtuung und Erleichterung die Nachricht vernahmen, dass Budapest von russischen Truppen befreit sein werde, kam die alarmierende Kunde vom Grossangriff der Russen. Schon hatte sich eine Regierung gebildet. Freie Wahlen waren vorgesehen. Die Freiheitskämpfer waren zu Verhandlungen bereit, indem sie den Rückzugsversprechungen der Russen Glauben schenken. Dieses Vertrauen wurde schmählich missbraucht, und die so gewonnene Zeit nutzten die Angreifer zu ihrem gewalttätigen Vorteil. Mit Bomben, Panzern, mit Phosphorgranaten, mit Bombardierungen überfielen sie aus dem Hinterhalt das freiheldstürmische Volk.

Ungarn blutet für die Freiheit. Seine Appelle an die freie Welt dürfen nicht ungehört verhallen. Der Kampf der ungarischen Patrioten «Die Freiheit oder den Tod» erscheint als Echo sofortiger und wirksamer Hilfe.

Die ganze Welt distanziert sich von Russland.

Die Schweizerischen Parteien protestieren, die Studentenschaften, die Neue Helvetische Gesellschaft, der Schweizerische Gewerkschaftsbund, der Bundesrat, viele Verbände, die Frauenorganisationen. So haben der Bund Schweizerischer Frauenvereine und der Schweizerische Katholische Frauenbund folgenden Aufruf erlassen:

Mit Erschütterung haben die Schweizer Frauen vernommen müssen, dass der Freiheitskampf des tapferen ungarischen Volkes durch die Macht Sowjetrusslands zunichte gemacht werden soll. Die Schweizer Frauen sind empört im Gedanken an die

unzähligen neuen Opfer an Menschenleben, die die Folge einer solchen Aktion sein werden.

Die Schweizer Frauen rufen alle Mütter und Frauen in der ganzen Welt auf, alle ihnen zu Gebot stehenden Mittel und Kräfte einzusetzen, um die Regierung Sowjetrusslands zur sofortigen Einstellung der Kampfhandlungen und zu sofortiger Rückberufung ihrer Truppen aus Ungarn zu veranlassen.

Wir neigen uns vor dem Heldenmut der ungarischen Freiheitskämpfer. Wir nehmen Teil am Leid der Frauen, Mütter und Kinder.

Wir rufen bei dieser Gelegenheit zu weiterer tatkräftiger Hilfe auf und verweisen auf das Postcheckkonto III 4200 des Schweizerischen Roten Kreuzes, Bern, wohin Geldspenden zugunsten des gequälten ungarischen Volkes gerichtet werden können. Die Sammelstellen der lokalen Sektionen des Schweizerischen Roten Kreuzes oder das Zentraldepot des Schweizerischen Roten Kreuzes in Wabern bei Bern, Werkstrasse 20, nehmen gut erhaltene warme Kleider, Wäsche und Schuhe entgegen. Mit «Liebesgaben» angeschriebene Pakete können bis zu einem Gewicht von 15 Kilogramm portofrei aufgegeben werden.

Die Zürcher Frauenzentrale ruft zur Spende an das Schweizerische Hilfskomitee für Freiheitskämpfer in Ungarn, Postcheckkonto VIII/50 000 auf.

Bittdienstleistungen werden abgehalten. Flüchtlinge werden in unser Land geholt. Wie sich auch das ganze erschütternde Geschehen noch gestaltet: Wir sind alle zur Hilfe, aber ebenso sehr auch zur Wachsamkeit im Sinne der in der letzten Nummer erwähnten Vorträge über unsere Landesverteidigung aufgerufen.

Unter der Bundeskuppel

Bern, den 5. November

In der Zeit zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg erzielte ein Buch über den Ausbruch des Weltkrieges einen der grössten Bucherfolge, das den bezeichnenden Titel trug: «Zehn Tage, die die Welt erschütterten». In der schon ruhiger gewordenen Atmosphäre mochte man sich damals fragen, ob Ereignisse, die das Gefüge einer ganzen Welt nicht nur zum Zittern, sondern zum Sturz so gar zum Einsturz gebracht hatten, sich wirklich in die kurze Frist von zehn Tagen hineinpressen liessen. Den Späteren mochte es unglaublich erscheinen, dass das im Zeitraum eines kurzen Sommerurlaubs und eines Retourbillets Dinge geschehen waren, deren Folgen das Gesicht der Welt grundlegend veränderten und die Menschheit eine Reise antraten, die ihr keine Rückkehr mehr erlaubte.

Nun haben wir es wieder erlebt. Innert weniger Tage brach ein Feuerbrand aus, dessen Ende und endliche Ausdehnung wir noch nicht abzusehen vermögen. Die Periode des kalten Krieges, die im roten Nebel der Hochkonjunktur und der Wirtschaftswunder nicht überall richtig realisiert worden zu sein scheint, ist vorbei. Und auch der illusionistische Zirkusakt der Koexistenz zerbrach klirrend.

Wie wirkten sich die Geschehnisse im Bundeshaus aus? Ein sonderbarer Zufall fügte es, dass nur wenige Stunden vor dem Eintritt der Ereignisse, die uns heute alle im schrecklichen Bann halten, bei der Bundeskanzlei die Unterschriftenbogen für die beiden neuen Chevalier-Initiativen eingereicht wurden. Die erste Chevalier-Initiative, die genau wie die zweite einen massiven Abbau der Militärausgaben verlangt, wurde seinerzeit von den eidgenössischen Räten abgelehnt, weil sie verschiedene namhafte Formfehler aufwies, die für die Rechtsgültigkeit einer Initiative notwendig sind. Obwohl die Chevalier-Initiativen praktisch auf eine Schwächung unserer Wehrkraft hinzielen, haben die eidgenössischen Räte seinerzeit die Initiative nicht deshalb abgelehnt, weil sie den Volkseinstimmlichkeitsfurchten, sondern weil die gesetzlichen Vorschriften nicht erfüllt waren — Gesetzesvorschriften, die von den Stimmbürgern im Jahre 1952 angenommen worden waren. Es blieb also den Initiatoren unbenommen, ihre Anregungen wiederum in initiativer Form vorzubringen. Das haben sie denn auch getan und unterbreiten, um der Vorschrift über die «Einheit der Materie» zu genügen, zwei verschiedene Initiativtexte, wobei sich der eine auf Beschränkung der Militärausgaben bezog und der andere auf Abzweigung mindestens eines Zehntels der Militärausgaben für soziale Zwecke im In- und Ausland. Die Initiative auf Beschränkung der Militärausgaben

ben vereinigte 84 716 Unterschriften auf sich — etwas mehr als 4000 Unterschriften mehr, als das letzte Mal. Man darf sich fragen, ob zehn Tage später die Initiative noch ebenso viele Unterschriften hätte zu gewinnen vermocht.

Als sich dann die Ereignisse im Ausland zu überstürzen begannen und man wieder, wie einst, in den unseligen Oktobertagen des Jahres 1938 und August 1939 stundenlang vor den Radiosparaten sass und sich die druckfeuchten Zeitungsblätter aus den Händen riss, da blieb das Bundeshaus und der Bundesrat bemerkenswert ruhig. Trotzdem man in der Beurteilung der Wirtschaftslage im nächsten Jahr, wie sich aus der Grundlagenberechnung zur vierten AHV-Revision, wie auch zu dem ebenfalls gerade dieser Tage veröffentlichten Budget für das Jahr 1957 ergibt, eigentlich sehr optimistisch eingestellt ist, hat der Bundesrat in der Praxis doch immer die Auffassung vertreten, dass wir in unsicheren Zeiten leben und hat sich über die Gefahren des da und dort gelagerten Zündstoffs keinen Illusionen hingeben.

Als «Schattenorganisation» ist das Büro für die wirtschaftliche Kriegsvorsorge stets aufrechterhalten worden. Der riesige Personalbestand für Kriegszeit ist zwar auf einen Stab von 15 Personen zusammengeschrumpft — aber dieser Stab hatte keine Sinekure. Dank dem System von freiwilligen Lagern der Wirtschaft und von Pflichtlagern ist heute unsere Versorgungslage gut bis sehr gut. Leider haben Stichproben ergeben, dass die «privaten Pflichtlager der Hausfrauen» (die Pflicht zur Vorratshaltung bestand nämlich weiter) nicht so gut gefüllt waren und damit im Landesinteresse so wünschbare Dezentralisation nicht vollumfänglich durchgeführt werden konnte. Infolge des gestiegenen Reallohnes wäre nach Ansicht des Delegierten für Arbeitsbeschaffung und Kriegsvorsorge, die Ausgangslage für die privaten Haushaltungen eigentlich weit günstiger gewesen als 1939. Theoretisch hätten auch die steigenden Preise die Hausfrauen veranlassen sollen, sich zu den billigeren Preisen noch einzudecken. Aber dies ist offenkundig Theorie und praktisch wurde man durch einzelne Grossunternehmen der Lebensmittelbranche an eine derart schwankende Preispolitik gewöhnt, dass die Privaten ihr Heil im Zuwarten suchten. Der Bund hat dies seinerseits nicht getan. Deshalb darf die Landesversorgung als gesichert gelten. Auf ein Jahr beim jetzigen, normalen Verbrauch, selbst wenn die Zufuhren plötzlich stoppen würden, auf weit länger, wenn man zur ersten Stufe der Kriegswirtschaft der Kontingentierung und später zur zweiten, der Rationierung schritt. (Nebenbei bemerkt, die neuen Rationierungskarten liegen schon

seit sehr langer Zeit gedruckt und gebündelt parat. Nicht im Hinblick auf einen speziellen Fall oder ein bereits sich abzeichnendes akutes Gefahrenmoment, sondern damit im Notfall eine Rationierung sich ohne Zeitverlust rasch einspielt.)

Neben diesen vorsorglichen Massnahmen, die ohne Hinblick auf die derzeit ausgebrochenen Konflikte von langer Hand vorbereitet wurden, sah sich der Bundesrat auch vor rasche Entscheidungen gestellt. Hierher gehören beispielsweise, neben der diskreten Bewachung einzelner Gesandtschaften, die Schutzmassnahmen der Schweizer in gefährdeten Gebieten. In den letzten Wochen vor dem derzeitigen Ausbruch des Konflikts und während der Suezkrise konnte man in illustrierten Blättern immer wieder Bilder von der Heimschaffung englischer oder französischer Familien aus dem Nahen Osten sehen. Wer gar in den letzten Wochen auf einem nahöstlichen Flugplatz stand, dem fiel die Unzahl von Kindern auf, die da aus gefährdeten Gebieten heimgefliegen wurden. Im Gegensatz zu andern Ländern ruft der Bundesrat die Auslandsschweizer bei solchen Ereignissen nicht heim. Den Schweizerbürgern im Ausland steht jedoch im Notfall die Hilfe der Schweizerischen konsularischen Vertretungen und Gesandtschaften zur Seite, unter Umständen werden sogar Transportmittel bereitgestellt und überhaupt alle möglichen Erleichterungen gewährt. Unsere Auslandsvertretungen sind in diesen Zeiten für einen ständigen und erhöhten Kontakt mit den niedergelassenen Schweizerbürgern besorgt.

Obwohl nach französischer und englischer Auffassung diese beiden Länder nicht im Kriege mit Ägypten liegen, haben Frankreich und England doch die Schweiz um ihre guten Dienste als Schutzmacht für ihre Interessen in Ägypten gebeten. Die Schweiz hat das Mandat angenommen und auch Ägypten hat zugestimmt. Die Schweiz verfügt aus den Zeiten des Weltkrieges über grosse diplomatische Erfahrungen in der Handhabung der Schutzmachtaufgaben. Sie sind im vorliegenden Falle deswegen nicht leichter zu lösen, weil noch nicht ganz feststeht, ob der gegenwärtige Zustand bereits als «Kriegszustand» zu bewerten ist oder ob man das Stadium des «Abbruchs der diplomatischen Beziehungen» als gegeben annehmen will. Diese subtilen Unterscheidungen mögen den direkt Betroffenen herzlich wenig sagen, für die Schutzmacht jedoch ergeben sich hieraus heikle Probleme.

Neben allen diesen rechtlichen und diplomatischen Erwägungen aber spricht auch noch das Herz. Und das Herz des ganzen Schweizervolkes hat in den letzten Tagen sehr deutlich gesprochen. Volk und Bundesrat dürften sich selten so einig gewesen sein, wie in der Proklamation des Bundesrates vom Sonntag, den 4. November, in der es hiess: «Der Bundesrat weiss sich einig mit dem Empfinden des Schweizervolkes, wenn er seinem Schmerz Ausdruck gibt darüber, dass die Unabhängigkeit, Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des mit der Schweiz befreundeten ungarischen Volkes unterdrückt werden.» Die Proklamation des Bundesrates war von hoher Würde und Verantwortung getragen. Sie war auch mutig — denn man muss sich darüber klar sein, dass unsere Neutralität ja keine Gesinnungsneutralität des einzelnen verlangt, wohl aber die Neutralität des Staates, der durch den Bundesrat vertreten wird. Diese Neutralitätsverpflichtung, de-

Irländische Gesandtschaft in Bern



Frau Josephine McNeil

die Gesandtin Irlands in der Schweiz, wurde im Bundeshaus zur Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens empfangen

ren Prinzip der Nichteinmischung sich unter Umständen bis zum Verzicht auf die Meinungsausserung erstrecken kann, hindert den Bundesrat daran, sich bei jeder Gelegenheit mittelbarer oder unmittelbarer Gefahr zu äussern. Bundesrätliche Äusserungen zum politischen Weltgeschehen sind deshalb sehr selten.

Das letzte Mal wurde eine solche Erklärung am 23. März 1938 abgegeben — wenige Tage nach Hitlers Einmarsch in Oesterreich. Durch den damaligen Bundespräsidenten Baumann, Bundesrat Motta und Bundesrat Pilet-Golaz wurde in den drei Landessprachen anlässlich der Eröffnung der ordentlichen Frühjahrssession eine Proklamation verlesen, die sich mit den weltpolitischen Ereignissen befasste. Aber welcher Unterschied zu heute! Die Tatsache des hiterischen Einmarsches wurde als Faktum akzeptiert und überdies auf die langen Bestrebungen der beiden Länder zur Vereinigung hingewiesen. Auf ein Urteil oder eine Meinungsausserung zu den Geschehnissen hat man damals verzichtet. Wohl aber «beruhigte» man das Schweizervolk, indem man auf die feierlichen Zusicherungen zur Respektierung der Neutralität der Eidgenossenschaft hinwies und auf ihre vermittelnde Rolle zur Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts.

Die Proklamation vom letzten Sonntag hielt sich mit Erklärungen dieser Art gar nicht auf. Aber sie stellte fest, dass «von neuem die Gewalt das Recht verdrängt». Ferner gab der Bundesrat seinem dringenden Wunsch Ausdruck, die Feindseligkeiten sofort einzustellen und die trennenden Konflikte durch Verhandlungen beizulegen... Jawohl — der Bundesrat weiss sich einig mit dem Schweizervolke...!

Diskussion um den Zivilschutz

Recht ist, was dem Volke nützt!

Zum Artikel von Frau Peyer-von Waldkirch

Es wird viel geschrieben über den Zivildienst, verächtlich viel. In allen Variationen wird seine Notwendigkeit dargelegt; die Gefahren werden ausgemalt, Bomben, brennende Häuser, leidende, hilflose Kinder, alle Schrecken werden heraufbeschworen. Aber dann kommt das Tröstliche. Der Zivilschutz ist da, namentlich die Hausfrauen sind da. Wir Frauen haben gelernt, wie man mit Feuer umgeht. «Unser Dachstock», sagt Frau Peyer, «ist allerdings ausgebrannt, aber unser Haus steht noch und ist absolut bewohnbar. Und unser Haus ist heilgeblieben.» Die Kinder vermutlich auch.

Schon. Wir sind mit Frau Peyer durchaus einverstanden, dass der Zivilschutz eine gute und notwendige Sache ist. Wir glauben auch, dass er nicht improvisiert, sondern schon im Frieden vorbereitet werden sollte. Wir fragen aber nur: Warum wird denn so viel über etwas, das selbstverständlich ist, geschrieben? Selbst Frauen schalten sich ein und transponieren die Argumente der Männer in beschwörende Töne, unter denen besonders zu Herzen gehende Themen erklingen wie Heim und Familie und Nachbarhilfe, eigentliches Frauentum, Helfenwollen, Helfenmüssen, Helfenkönnen, Aufbau einer inneren Front, Durchhalten, Liebe zu unserer schönen Heimat. Es ist mir noch kein Artikel zu Gesicht gekommen, der den Zivilschutz als zweckwid-

rig oder gar überflüssig bekämpft hätte. Warum also dieser Aufwand?

Darum, weil sich alle diese Verteidiger eine Heimruhe geben müssen mit viel Geräusch und gemütvollen Worten über die Frage, die für uns Frauen die zentrale ist, hinwegzureden und die Diskussion auf ein anderes Feld hinüberzuspielen.

Man redet von der Notwendigkeit der Frauenhilfe, aber nicht vom Recht der Frauen, gemeinsam mit den Männern das Wie und Wieviel der Hilfe mitbestimmen. Man setzt für die Frauen eine obligatorische Dienstpflicht fest, aber man denkt nicht daran, sie in den politischen Rechten den Männern gleichzustellen. Man lobt ihre Fähigkeit des raschen und richtigen Handelns, aber man verschweigt, dass diese urteils- und handlungsfähigen Frauen, ohne die es überhaupt nicht geht, einen Anspruch auf gleichberechtigtes Mitreden haben. Man rühmt die Schweden und die übrigen Länder, die den Zivilschutz bereits organisiert haben, aber man verschleiht geistlich Augen und Ohren vor der Tatsache, dass in allen Ländern die Rechtsgleichheit von Männern und Frauen längst eine Selbstverständlichkeit ist und dass darum die gemeinsame Landesverteidigung auch eine Selbstverständlichkeit ist.

Um diese Frage geht es heute! Ist es recht, wenn ein Männerparlament und eine Männerabstimmung über uns Frauen, über unsere persönliche Freiheit, über unsere Arbeit, unsere Gesundheit und unser

Leben verfügen, uns eine obligatorische militärische Dienstpflicht auferlegen kann, ohne dass wir selber dazu Stellung nehmen können?

Der hinterste Bürger kann seinen Vertreter in die Räte wählen; er kann mit dem Stimmzettel in der Hand das seine zum Schicksal eines jeden neuen Bundesverfassungsartikels beitragen; er kann gegen ein Bundesgesetz das Referendum ergreifen. Jeder einzelne weiss, dass er an der gesamten Rechtsordnung, der er untersteht, einen lebendigen Anteil hat oder haben kann. Nur wir Schweizer Frauen sind davon ausgeschlossen, in einer Zeit, wo die Frauen ringsherum in der ganzen Welt als gleichberechtigte Bürgerinnen geachtet werden!

Es geht nicht darum, ob die Dienstpflicht ein Minimum oder Maximum betrage, ob sie Selbstschutz sei oder nicht. Es geht um das Grundsätzliche. Und diese Grundfrage ist mit keiner Notwendigkeit und keine angeblichen Dringlichkeit totzuschlagen, und alle die Wörter über die Geringfügigkeit und Zumutbarkeit der Frauendienstpflicht vermögen nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier der Bundesrat, der Ständerat und soeben auch die nationalrätorische Kommission mit ihrem Ja zum Obligatorium etwas getan haben, das unrecht ist und unwürdig eines wirklich demokratischen Staates.

Das wissen sie alle. Aber gegen alles bessere Wissen hoffen sie mit der «Notwendigkeit» das Recht ersticken zu können. Als ob die Verwirklichung des Rechts den Zivilschutz verunmöglichte! Die Anerkennung der vollen staatsbürgerlichen Gleichheit der Frauen würde ihre Leistung im Dienste der Landesverteidigung um keinen Tag verzögern und in ihrem Wert wohl auch nicht herabsetzen. Sie würde auch nichts kosten und würde keine Vorbereitungen verlangen. Man müsste nur mit dem Artikel 4 der Bundesverfassung ernstmachen.

Aber eben, man will die Gleichberechtigung der Frauen nicht. Man will nur ihre Leistung, nicht ihr Recht. Man will sie unter sich, nicht neben sich.

Die allerschmerzlichste Erfahrung jedoch ist die Tatsache, dass es Frauen gibt, die mit Bereitwilligkeit die Hand geboten haben und noch bieten, die Untertanenschaft der Schweizer Frauen zu verschärfen. Drei Frauen sassen in der Eidgenössischen Luftschutzkommission, wo der Vorentwurf zum Bundesgesetz betr. Zivilschutz beraten wurde. Drei «führende» Frauen, Vertreterinnen der drei grössten schweizerischen Frauenverbände. Alle drei stimmten dem Obligatorium zu, nicht genug damit! «Damals stimmten wir sogar noch weitergehenden Verpflichtungen zu, die im bundesrätlichen Entwurf dann fallen gelassen wurden.» So schreibt die eine der drei Vertreterinnen, Mme Humbert, im «Bund» am 14. Oktober 1956. Wirklich, was sollte da die Männer noch abhalten, uns Frauen in Pflicht zu nehmen, angesichts dieses Wettlaufs fräulich demütiger Dienstfertigkeit? Es hat im Ständerat wie auch in der nationalrätorischen Kommission Männer gegeben, die bereit waren, die gerechte Sache der Schweizer Bürgerin eine Lanze zu brechen. Es sind diese führenden Frauen selber, die ihnen die Waife aus den Händen geschlagen haben.

Aber diese drei Frauen sind nicht die Vertreterinnen der ganzen schweizerischen Frauenschaft. Das beweist die eindeutige Haltung von zwei der drei Schweizer Verbände: Der Bund Schweizerischer Frauenvereine und der Schweizerische katholische Frauenbund haben sich in ihren Eingaben an den Bundesrat gegen das Obligatorium gewendet und sich von den eigenen Vertretern distanzieren!

Es ist darum kein Wunder, dass Mme Humbert und Frau Peyer ihre «Haltung» verteidigen müssen. Sie tun es, indem sie die Hauptfrage nach dem Recht untersuchen und das Argument der Männer zu dem ihnen machen: die Notwendigkeit und Nützlichkeit. Man braucht die Frauen; ohne die Frauen geht es nicht; also...

Recht ist, was nützt. Haben wir das nicht auch schon einmal gehört? Und man hat es herrlich weit damit gebracht!

Vielleicht aber sind die Männer, die jetzt so leichten Herzens vor lauter Nutzen und Notwendigkeit über das demokratische Recht einer ganzen Volkshälfte hinwegschreiten, vielleicht sind sie einmal froh darüber, dass es in dieser Volkshälfte noch solche gibt, die wissen, was Recht und Demokratie ist.

Rut Keiser, Basel

Die Stimme eines Sozialpolitikers

Rechte und Pflichten

Rechte und Pflichten gehören zusammen, im privaten und erst recht im öffentlichen Leben. Deshalb ist jeder Schweizer Bürger, sobald er stimmberechtigt wird, auch wehrpflichtig. Das ist ein Grundgesetz unseres staatlichen Lebens.

Darüber, ob man in der ältesten Demokratie auch der Frau die politischen Rechte gewähren soll, gehen die Meinungen stark auseinander. Auch der grundsätzliche Befürworter des Frauenstimmrechtes wird die praktischen Schwierigkeiten nicht übersehen und zugeben müssen, dass man aus achtenswerten Gründen gegen die vollständige politische Gleichberechtigung der Frau sein kann. Dagegen ist es eine Selbstverständlichkeit, dass man den Frauen keine staatspolitischen Pflichten überbinden kann, solange man ihnen die politischen Rechte verweigert. Wenn darum die Frauenverbände die obligatorische Dienstpflicht der Frauen in den Hauswahlen mit Entschiedenheit bekämpfen, so wird jeder gerecht denkende Bürger das verstehen und billigen. Die Befürworter des Obligatoriums weisen

darauf hin, dass ein wirksamer Zivilschutz ohne die Mitwirkung der Frauen praktisch gar nicht aufgebaut werden kann. Was läge da näher, als daraus die Konsequenz zu ziehen und den Frauen, deren Dienste man nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Landesverteidigung nicht mehr entbehren kann, in staatsrechtlicher Beziehung dem Manne gleichzustellen und die Rechte zu gewähren, die sie schon seit Jahrzehnten fordern und in den meisten Ländern bereits besitzen? Stellt man sich aber auf den Standpunkt, dass die Zeit für die Herstellung der politischen Gleichberechtigung noch nicht gekommen sei, so wird man konsequenterweise auf das Zivildienst-Obligatorium für die Frauen verzichten und sich mit ihrer freiwilligen Mitarbeit begnügen müssen. Hier gibt es wirklich nur ein Entweder-Oder. Wir verstehen darum voll und ganz, wenn sich die Frauen nicht auf irgend einen Kompromiss einlassen und sich auch nicht mit einem Wechsel auf die Zukunft zufriedengeben, dessen Erlösung, wie die bisherige Leidensgeschichte des Frauenstimmrechtes mit aller Deutlichkeit beweist, äusserst fraglich erscheint. Dr. M.

Die Kirche und die Not in Ungarn

Fürbittgottesdienst für Ungarn in Zürich

E. P. D. Dass die Zürcher Bevölkerung durch den ungarischen Freiheitskampf tief beeindruckt ist, und in innerer Anteilnahme sich mitteilt, weiss, bewies der grosse Zuström zum Fürbitte-Gottesdienst im Fraumünster in Zürich.

Kirchenratspräsident Prof. E. Frick sprach von der rechten Haushaltung, die dem Menschen Gott überträgt ist. Es ist Auftrag an jeden einzelnen, aber auch an die Völker, Gottes Willen zu erfüllen. Wo dies nicht geschieht, löst man sich von Gott und wird gottlos. Es erstet das Götzen-tum. Götzen aber fordern Opfer, die Furcht, Jammer, Elend, Tod bedeuten. Götzen knechten, Gott macht frei. Der Freiheitskampf Ungarns bedeutet auch ein Kämpfen für uns, weil dort auch unser Schicksal mitbestimmt wird. In Ungarn lebte in den letzten Jahren eine schweigende Kirche, in der lebendige Kräfte am Werke waren. Der Lebensstrom der Liebe ist auch in der Unterdrückung nicht versiegt. Wo solche Kräfte vorhanden sind, vermögen schliesslich auch Panzer und Maschinenpistolen nichts auszurichten. Gott ist am Werk. Darum glauben wir an die Macht der Fürbitte.

Dr. F. Sigg, der Bischof der Methodistenkirche, führte aus, dass jetzt Erntezeit gekommen sei. Gott ist am Ernten und wir fragen: Herr, was willst du mit dieser Welt und was sollen wir tun? Wir wollen nicht nur politisch denken. Es gilt jene Haltung zu haben, die sagen kann: «Herr, du bist am Werk, rede du, wir wollen dich hören.» Wir sollten uns

auch vor Selbstgerechtigkeit hüten, die die Brüder anklagt, wenn sie nicht so handeln, wie wir es von ihnen erwarten möchten. Wir sollen Gedenken spenden, als Christen haben wir noch die Sonderaufgabe des Betens.

Pfr. Dr. Vogelsanger knüpfte seine Ansprache an das Psalmwort: Der Herr schafft Recht allen Bedrückten. Es ist nicht nur menschliche Anteilnahme Ungarn gegenüber. Wissen wir überhaupt, was es heisst, jahrelang in der Unterdrückung leben zu müssen? Millionen von Menschen haben in unserer Zeit dieses Los zu tragen. Aber Gottes Wort redet vom Ausgang des Kampfes der Unterdrückten. Gott schafft das Recht. Wohl fragen wir etwa verzagt, ob denn Gott schweige zum Unrecht. Christen dürfen die Gewissheit haben, dass Unrecht immer Flüsse hat, weil Gott auf jeden Fall auf der Seite der Unterdrückten steht, nicht auf der Seite der Unterdrückten. Wir müssen warten, glauben und hoffen können. Gott hat den Menschen den Stempel der Gottebenbildlichkeit aufgedrückt, darum hilft er dem unterdrückten Menschenantritt. Wir aber sind verpflichtet, für das Recht der Unterdrückten einzustehen. Hilfe für Ungarn ist Fortsetzung alter zürcherischer Tradition.

Im Fürbittegebet wurde sich die grosse Gemeinde verbunden mit den Verfolgten und Leidenden unter dem einen Herrn. Mit einem Aufruf, die Hilfsaktionen kräftig zu unterstützen, schloss dieser eindruckliche Gottesdienst.

Schon wieder Stimmrecht?

Die Basler Frauen regen sich wieder zu einer neuen Bemühung um die Erlangung des Frauenstimmrechtes. Sie streben eine Initiative an, zu welcher es der Unterschrift von mindestens zweitausend in Basel wohnhaften, das Aktivbürgerrecht besitzenden Männern bedarf. Eine sehr gut besuchte Versammlung sollte sich über den Inhalt und den Weg der Initiative belehren lassen. Die Initiative bezweckt, dass über die Einführung des Frauenstimmrechtes Männer und Frauen sollen abstimmen dürfen.

Professor Imboden, Staatsrechtler an der Universität Basel, hatte den Auftrag, den mehrfachen Gang einer Initiative zu zeichnen, wie sie vom Volk der Männer ins Bundeshaus und wieder her und hin wandert, bis dieses Volk der Männer der Zulassung der Frauen zur Abstimmung über die Einführung des Frauenstimmrechtes vielleicht zustimmt, worauf eine Verfassungsänderung den Frauen das Recht gäbe, mitzustimmen. Der Referent erklärte aber, er sei nicht mehr der rechte Mann, um zu seinem Thema zu reden, nachdem er entdeckt habe, dass die Frauen davon reden, den Zivilschutz zu verweigern. Er tadelt sie ob der ihm unmöglich erscheinenden Verbindung und rief ihnen, zuerst in aller Stille ihre patriotische Pflicht zu erfüllen; das andere werde sich dann viel eher ergeben. Vielstimmige Proteste liessen ihn erkennen, dass er nicht den richtigen Ton getroffen hatte. Jene Erfahrung haben die Frauen im letzten Krieg wahrhaftig gemacht: dass nach allem Einsatz —

und sie haben sich in sehr vielen Gebieten mit ganzer Kraft eingesetzt — schon kurz nach dem Krieg gegnerische Plakate sie in hässlichster Weise verhöhnten und die Abstimmung ihnen das Stimmrecht wieder verweigerte.

«In takvollen, klugen Worten erklärte die Präsidentin der Vereinigung für Frauenstimmrecht, dass und wie ein Zusammengehen in der Arbeit auch ein Zusammengehen in den Schicksalsfragen zur Folge haben müsste, dass aber der Auftrag des Abends reine Belehrung und nicht ein Polemik sein sollte. Der Referent entschloss sich, diese Belehrung nun doch zu geben: er tat es in kürzester Zeit und in kürzesten Worten; es hörte sich eher wie ein Strafexerzium an. Versöhnlicher nannte er die Initiative einen phantastischen Versuch — die Idee ist nicht in Basel gewachsen — und glaubt, dass bei der stetigen Zunahme der Jastimmen das Ziel nicht mehr allzu fern sei.

Dr. Rut Keiser erklärte hierauf der Versammlung den Inhalt der Unterschriftenkarten. Auch sie wies in vornehmer Weise den Tadel des Herrn Referenten zurück; denn Patriotismus und Helfervillen habe die Frauen je und je unter Beweis gestellt. Die Verleumdung des Stimmrechtes als Belohnung für geleisteten Zivilschutz oder andere Dienste als Möglichkeit in Aussicht zu stellen, ist ungerecht. Warum müsste die Frau sich ein Recht noch besonders verdienen, das dem Mann in die Wiege gelegt wird?

P. M.

Politisches und anderes

Der Bundesrat zur internationalen Lage — Vorschlag einer internationalen Konferenz

Der Bundesrat hat an die vier Regierungschefs, die im Juli 1955 in Genf zu einer Konferenz zusammengekommen waren, den dringenden Aufruf gerichtet, unverzüglich zu einer Konferenz zusammenzutreten, um den Frieden zu retten. Der Bundesrat bietet seine guten Dienste an für die Organisation einer solchen Konferenz in der Schweiz.

Niederschlag des Aufstandes in Ungarn durch die Sowjetarmee

Der am 23. Oktober in Budapest begonnene Kampf um Freiheit und Demokratie wurde am letzten Sonntag durch den Einsatz sowjetischer Streitkräfte blutig zurückgeschlagen. Tausende von Frauen, Männern und Kindern mussten ihre Heimat verlassen. Der ungarische Ministerpräsident Imre Nagy, sowie General Malater, der Verteidigungsminister, wurden verhaftet. Der Primas von Ungarn, Kardinal Mindszenty hat in der amerikanischen Botschaft Zuflucht gefunden. In der westlichen Welt hat die blutige Niederschlagung der ungarischen Revolution Trauer und Erbitterung gegen die Sowjetunion hervorgerufen. In vielen Städten unserer Heimat kam es zu grossen Sympathiekundgebungen für Ungarn.

Der britisch-französische Angriff gegen Ägypten

Vergangenen Mittwoch hat die britisch-französische Luftwaffe militärische Stützpunkte in Ägypten mit Bomben belegt. Diese militärische Aktion hatte die Besetzung der Suezkanäle zum Ziel. Nach tagelanger Bombardierung von Flugplätzen landeten am Montag Fallschirmtruppen im Gebiet von Port Said. (Kurz vor Druck dieser Ausgabe wird bekannt, dass die Kampfhandlungen in Ägypten in der Nacht vom Dienstag auf den Mittwoch eingestellt worden sind.)

UNO zur Lage in Ungarn und im Nahen Osten

Mit 50 gegen 8 Stimmen der Sowjetunion und der Volksdemokratien hat die ausserordentliche Generalversammlung der Vereinten Nationen eine amerikanische Resolution gutgeheissen, in der die Beendigung der russischen Angriffskaktionen in Ungarn und Zurückziehung der sowjetischen Truppen aus dem Lande gefordert werden. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat am Freitagmorgen mit 64 gegen 5 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen die amerikanische Resolution angenommen, mit welcher Grossbritannien, Frankreich und Israel aufgefordert werden, die Kämpfe in Ägypten einzustellen. Gegen die Resolution stimmten Grossbritannien, Frankreich, Israel, Australien und Neuseeland. Der Stimme enthielten sich Belgien, Kanada, Laos, Holland, Portugal und Südafrika.

Warnung Bulgariens an Eden, Mollet und Ben Gurion

Die Sowjetunion warnte am Montag Grossbritannien und Frankreich, dass sie «vollständig» entschlossen ist, zusammen mit anderen Mitgliedern der Vereinten Nationen, die Aggression im Mittleren Osten zu zerschlagen und den Frieden in diesem Gebiet wiederherzustellen.

Das Schweizerische Volkseinkommen im Jahre 1955

Das Netto-Volkseinkommen erreichte im Jahre 1955 in der Schweiz 23.3 Milliarden Franken, gegenüber 22.3 Milliarden im Vorjahr, hat also um eine Milliarde zugenommen. Von 8.7 Milliarden im Jahre 1938 nahm es bis 1955 auf 23.3 Milliarden zu.

Der Nobelpreis für Chemie und Physik

Der Nobelpreis für Chemie wurde dem britischen Professor Sir Cyril Norman Hinshelwood, sowie dem sowjetischen Professor Nikolai Nikolaewitsch Semenov für ihre Forschungen über den Mechanismus der chemischen Reaktionen verliehen. Der Nobelpreis Physik erhielten die amerikanischen Forscher J. Bardeen, W. Shackley und W. H. Brattain.

Ungarische Flüchtlinge in der Schweiz

Der Bundesrat hat beschlossen, einem Ersuchen der österreichischen Regierung und des Hochkommissars der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge zu entsprechen und vorläufig 2000 ungarischen Flüchtlingen, die sich in Österreich aufhalten, in der Schweiz Aufnahme zu gewähren.

Abgeschlossen Dienstag, 6. November 1956. cf

Max Huber

Durch Spannung und Wandlung zur Haltung

(Zum Buch: Max Huber von Fritz Wurmstatter, erschienen im Rotapfäw Verlag)

Von E. Spahn-Gujer

Tief erschüttert appellierte Max Huber im Namen der Menschenwürde an das Gewissen der Nationen. Wieder war der Appell umsonst. Es blieb dem Komitee nur eines: im Verbinde der Wunden schweigend seine tägliche Pflicht zu erfüllen. Überall hin schickte Huber seine Sendboten; er selbst musste als Generalstabsoffizier seiner Hilfspflichten im Büro bleiben, um alles anzuordnen und vorzubereiten. Welcher Art diese Anordnungen und Vorbereitungen waren, muss man in Wartenweilers Buch selber nachlesen; es ist ein Stück moderner Weltgeschichte eigener Art. Man denke nur an die Suchaktion der Kriegsgefangenen und ihrer Angehörigen. Jene hatten ja selber jede Spur ihrer Familien verloren, denn viele von diesen wohnten ja überhaupt nirgends mehr. «Die grösste Meldezentrale der Welt» hatte ein ausgeklügeltes merkwürdiges Verfahren: die Gefangenen melden dem Roten Kreuz in Genf ihren Standort; die Familien ihren Aufenthalt. Zwei Karten werden von verschiedenen Seiten her eingekleidet; sie treffen sich im gleichen Fach. Für die Familie ist nun der Verbleib, für den Gefangenen die Familie gefunden. Bald jedoch vernehmen aus Wunderbare grenzende Maschinen diesen, ins Unermessliche steigenden Dienst, und zwar schneller und zuverlässiger als es die aufmerksamsten Augen und fleissigsten Hände zu tun vermöchten. Und wer erinnert sich an die Rotkreuzschiffe, die unter Schweizerflagge trotz vielfacher Gefahr die vielen Lebensmittelpakete an ungesättigte Kriegsgefangenen von Lissabon nach Marseille brachten? Sie kamen wahrhaftig nicht von selber daher gefahren. Wartenweiler erzählt ausführlich, wie viel Herz, Ver-

stand und Organisationsstalent nötig waren, um auch diesen Dienst zu ermöglichen.

Helfen — nicht richten

Viel zu rasch haben wir schnelllebenden Menschen vergessen, was alles in Griechenland, Jugoslawien, aber auch in Westeuropa und Skandinavien geschehen ist. Mühsam zusammengebrachte Lebensmittel wurden durch Minen oder unmenschlich gewordene Flieger zerstört, bevor noch die letzte Hoffnung bitter hungernder Menschen erfüllt werden konnte. Es war dringend nötig, dass nun die «Liga» und das «Komitee» zusammenspannten und dadurch eine tatkräftige Organisation entstanden ist, welche nachhaltig in die verschiednenartigen Notstände eingreifen konnte. Aber auch sie hatte mit riesigen Schwierigkeiten zu kämpfen: Warenknappheit überall, Transporthindernisse zu Meer und zu Land, Blockade und Antiblockade. Je länger je mehr bewies jedoch das Rote Kreuz, dass es den Sinn für gegenseitige Hilfsbereitschaft zu entwickeln imstande war. Es betrachtet grundsätzlich niemanden als Feind; es richtet nicht; es hilft; es bewahrt die Gefühle menschlicher Gemeinschaft selbst in der noch nie in solchem Ausmass erlebten Erschütterung aller internationalen Ordnung; es ist die letzte Brücke zwischen den kämpfenden Völkern. Wohl bildet die Genfer Konvention die gesetzliche Grundlage; das Entscheidende aber ist auch hier der Geist. Ist es der Geist Christi kann das Rote Kreuz zum Ausgangspunkt des späteren Wiederaufbaus werden?

Der «barmherzige Samariter»

Mitten in der aufreibendsten Arbeit erkrankte der nun fast 70jährige Max Huber schwer und musste operiert werden. In der Rekonvaleszenz entstand seine Schrift: «Der barmherzige Samariter», eine in mehrere Sprachen übersetzte Betrachtung über Evangelium und Rotkreuzarbeit. Hier schildert der Genesende die Qual der mit ganzem Herzen betätigten Rotkreuzarbeiter, die, hin- und hergerissen zwischen

den verzweifelten Rufen nach Hilfe und Rettung und den oft verdrückten geringen Hilfsmöglichkeiten, immer wieder «nein» sagen müssen, wo sie doch viel lieber «ja» sagen würden, es aber nicht können, weil man nicht mehr übernehmen darf, als man bei Anstrengung aller Kräfte bewältigen kann, ohne sich zu zersplittern und das bereits begonnene Werk zu gefährden. Es war für Max Huber wahrhaftig nicht leicht einem solchen Grossbetrieb vorzustehen, «der weder ein Geschäft, noch eine öffentliche Verwaltung ist, und doch eine so grosse, exakte administrative Arbeit zu leisten hat». Auch war es ungemessen schwierig, als rein humanitäre Institution mitten im Kraftfeld der grössten politischen Gegensätze zu stehen und doch aller Politik fern zu bleiben.

Die Hölle nicht vergessen

Wieder hergestellt, machte sich Huber mit neuem Mut und neuer Kraft wieder an die Arbeit. Die entscheidende Wende im Weltgeschehen war da; der Vormarsch der Nationalsozialisten war gebrochen. Wartenweiler erzählt von El Alamein und dem gefährlichen Transport riesiger Massen von Gefangenen über alle Weltmeere. Einmal mehr staunte ich — ich tue das in jeder Sommerwoche im Volksbildungshaus Neukirch a. d. Thur — über das umfassende Wissen dieses Erwachsenenbildners sowie die grosse Tiefe und Zuverlässigkeit seines Wissens. Wer sich das, was in den furchterlichen sechs Kriegsjahren in abt. Welt geschehen ist, noch einmal einprägen will, kann es auf unvoreingenommene, ergreifende Weise vom Standpunkt des internationalen Rotkreuz-Komitees aus tun, dessen Schaffen und Ringen um die Erhaltung der Menschlichkeit Fritz Wartenweiler in seinem Max-Huber-Buch schildert. Es ist sicher nötig, ja geradezu sittliche Pflicht, die Hölle nicht zu vergessen, die in unserm so hochpreisenen fortschrittlichen Jahrhundert Orten in früher unvorstellbarem Ausmass gefeiert hat. Wie sollten wir fähig sein, auch als einfache Menschen an bescheidenem Platz dafür zu kämpfen, dass die Stätten künftig ihre Meinungsverschiedenheiten auf friedlichem Wege austragen, wenn wir nicht mehr

wissen wollen, wie die Methode der Gewalttätigkeiten aussah, und uns nicht in aller Verantwortlichkeit vor Augen halten, wie sie künftig aussehen und sich auswirken würde!

Die Kriegsgefangenen

Die Wende war da; aber was geschah nicht noch alles, bis im Frühling 1945 die gewaltigen Heere aufgelöst wurden! Man denke an die Tragödie in Italien: 1936 hatte Mussolini grosssprecherisch verkündet, Abschieben sei nur ein Vorspiel. Er behielt recht; aber ebenso eingetroffen ist das, was Max Huber ihm zur Antwort gab: «Für alles muss der Preis bezahlt werden». — Ganz neue Anstrengungen brachten dem internationalen Rotkreuz-Komitee sein Einsatz für die gefangenen Partisanen in allen eroberten und besetzten Ländern, um sie vor Willkür zu schützen. Je länger der Krieg dauerte, desto grösser wurde die Zahl der Familien, deren Glieder in verschiedene Länder auseinander gesprengt worden waren. Eine neue Suchaktion wurde dringend nötig. Das Einverständnis konnte nur mit unsäglich Mühe den Kriegführenden abgerungen werden. Schliesslich kam sie doch zustande; die Briefe durften aber nicht mehr als 25 Worte enthalten. 20.000 solch kurz gefasster, durch die mannigfaltige Schreibweise in verschiedenen Sprachen oft schwer zu entziffernden Briefe gingen nun täglich in Genf aus und ein. Sie bildeten nicht nur für Schreiber und Empfänger, sondern auch für die Organisatoren eine der grossen Freuden unter den vielen schmerzlichen Niederlagen und Enttäuschungen. Da die Bombardierungen nun auch in Deutschland immer wirkungsvoller und grauenhafter wurden, war es nicht mehr ratsam, dort Lager an Lebensmitteln, Kleidung und andern lebensnotwendigen Dingen für die Kriegsgefangenen zu halten; es mussten neue Ablagerungen in der Schweiz gesucht und gebaut werden. In Aachen, und auch gegen allerlei ganz unerlaubte Machenschaften in den Empfangslagern mussten die Delegierten des internationalen Rotkreuz-Komitees kämpfen. Es blieb ihnen eben nichts erspart.

(Fortsetzung folgt)

Die Frau in der Kunst

Gesellschaft schweiz. Malerinnen, Bildhauerinnen und Kunstgewerbetlerinnen

Diese Gesellschaft hat am 28. Oktober im Zunft- haus «zur Waag» ihre Generalversammlung abgehal- ten. Wie üblich legte die Zentralpräsidentin zuerst den Bericht über die Tätigkeit des Zentralvorstandes ab. Weiter folgte der Rechnungsbericht und die Tä- tigkeitsberichte der Sektionspräsidentinnen. Die Zentralpräsidentin, Herrin über den guten Erfolg der Gesellschaftsausstellung im Kunstmuseum Bern, berichtete, auch die Sektionen haben erfreulich- weise gut gelungene Ausstellungen organisieren können.

Es wurden einige Statutenbereinigungen vorge- nommen. Leider konnte dem Wunsche der Sektionen Genf und Lausanne, welche eine bessere Kontak- tnahme der Mitglieder und eine bessere Orientierung über Ausstellungsfragen und Wettbewerbe durch ein jeden Monat erscheinendes Mitteilungsblatt forder- ten, aus finanziellen Gründen nicht entsprochen werden. Der Zentralvorstand erhielt den Auftrag, Anschluss an die Schweizer Kunst, das offizielle Or- gan der Maler und Bildhauer, zu suchen. Lebhaft diskutiert wurde über die Stellungnahme der Ge- sellschaft zum Fernsehen, welches als eine grosse Gefahr für das kulturelle Leben des Volkes be- zeichnet wurde, eine Gefahr, welche gerade durch die Künstler mit aller Energie bekämpft werden müsse. Es wurden auch noch andere, die den Wert der guten Sendungen hervorhoben und nur eine bessere Überwachung der Programme für not- wendig erachteten. Abschliessend wurde festgestellt, dass es nicht die Aufgabe der Gesellschaft, aber die Pflicht jedes einzelnen sei, dem Fernsehen gegen- über ein wachsames Auge zu haben.

Die Präsidentin berichtete über die geplante Ein- gliederung der Kunst in der SAFFA, wie sie die Delegierten am Samstag durch die Chefarchitektin, Frau Hubacher unterbreitet worden war. Es ist vor- gesehen, Bilder in allen Räumen der Gruppen Er- holdung, Erziehung und Wohnen, und Skulpturen als Schmuck der Anlagen unterzubringen. Die Archi- tektin wird den Künstlerinnen das Projekt und den approximativen Kostenvoranschlag für eine Halle un- terbreiten, welche eventuell die Gesellschaftsaus- stellung aufnehmen könnte, wenn dieselbe nicht im Kunsthaus Zürich untergebracht werden kann.

Es wurde auch eine Beteiligung der Gesellschaft in kleinerem Rahmen erwogen, eine Darstellung des Aufstiegs von der als blasse Liebhaberei ausgeübten Kunst zur ernsthaften Berufarbeit, die sich heute auch mit den modernsten Problemen der abstrakten Kunst abgibt. Die Sektion Zürich hatte am Samstag einen festlichen Abend vorbereitet mit musikalischen und andern Darbietungen, die dankbar entgegenge- nommen wurden.

Beim Bankett vom Sonntag fand sich neben an- dern, prominenten Gästen auch Herr Stadtpräsident Landolt zum schwarzen Kaffee und überbrachte den Künstlerinnen die Grüsse der Stadt Zürich. E. S.

Auch die freisinnigen Frauen von Winterthur interessieren sich für die Verbesserungen, die die 4. Revision der AHV den Frauen bieten wird

Vergangene Woche hörte die Liberale Frauen- gruppe Winterthur als ersten Vortragsabend dieser Wintersaison einen Vortrag von Fräulein Dr. Eliza- beth Nägeli, Winterthur, Mitglied der Eidgenös- sischen Alters- und Hinterlassenenversicherungs- Kommission, über dieses Thema. — Sie beleuchtete in Kürze den Stand der AHV, die bereits 3 Revisionen hinter sich hat und deren 4. Revision im Natio- nalrat in der Herbstsession behandelt worden ist, deren Genehmigung nun noch beim Ständerat liegt, der sie in der Dezembersession der eidgenössischen Räte durchberaten wird. — Mit grossem Interesse folgten die Hörerinnen den Ausführungen, vor- allem über die Verbesserungen, die diese 4. Revision den Frauen bringen wird, wobei vorausgenommen und hier unterstrichen werden soll, dass der Ex- pertenkommission für die AHV leider nicht von An- fang an auch Frauen angehört haben. Wenn dies der Fall gewesen wäre, hätte manches bereits beim Inkraftsetzen der AHV anders vorgesehen werden können, was erst erreicht wurde, nachdem die Frauenverbände das Mitspracherecht der Frauen erwirkt hatten. Die jetzige AHV-Kommission besteht aus 40 Männern und 3 Frauen, wobei die letzteren auch bei dieser letzten Revision, der 4. es werden aber zweifellos noch deren mehrere folgen, bemerkte die Referentin und wies darauf hin, dass noch bei keinem Gesetz kurz nach Inkrafttreten so viele Re- visionen erfolgten, ihren Einfluss geltend machen konnten. Damit kam Fräulein Dr. Nägeli auf die Erhöhung der ordentlichen einfachen Rente, jene der Witwenrente zu sprechen. Viel zu diskutie- ren gab seinerzeit die Herabsetzung des Rentenalters der Frau, das nun auf 63 angesetzt wurde, im Ge- gensatz zu jenem des Mannes mit 65. — Nebst der Regelung, die die Frauen ganz besonders betref- fen, folgte die zahlreiche Zuhörerschaft mit unge- teiltem Interesse auch den Zahlen der jährlich ausgeworfenen Rentengeldern, die im ersten Jahr — zum Beispiel — das heisst, im Jahre 1949 16 Millionen Franken betragen und die nun bis Ende 1955 auf 181 Millionen angewachsen sind, wobei wohl zu bedenken ist, dass jede Ver- besserung beträchtliche Erhöhungen der jährlichen Gesamtrentensumme mit sich bringt. — Die Referen- tin schloss mit dem Hinweis, dass es nie eine AHV geben wird, aus deren Renten man leben kann, denn damit wäre jeder Anreiz zur Verantwortung und zum Sparen illusorisch gemacht. Die angeregte Dis- kussion und Fragestellung bewies, wie sehr all die Probleme auch unsere Frauenkreise beschäftigen. cf

Bergbäuerliches Bildungswesen

Die Volkswirtschaftskammer des Berner Oberlan- des ist in der Lage, auch pro 1957 Kurse und Vor- träge auf landwirtschaftlichem, ökonomischem und gemeinnützigem Gebiete zu vermitteln, wobei die Kurs- oder Vortragshonorare und die Reiseauslagen übernommen werden. Anmeldungen können durch Gemeindebehörden, örtliche Interessentengruppen, wirtschaftliche und gemeinnützige Organisationen, Frauenvereine, landwirtschaftliche Genossenschaften, Viehzuchtgenossenschaften, Obst- und Gartenbau- vereine usw. über 34 verschiedene Fachgebiete ein- gereicht werden. Die Wahl der Themen wird den Veranstalter freigestellt. Die Anmeldungen müssen bis spätestens Samstag, den 17. November 1956, im Besitze des Sekretariates der Oberländer Volks- wirtschaftskammer in Interlaken sein, worauf die landwirtschaftliche Bildungscommission die Begeh- ren behandeln und die Kursleiter und Referenten zuteilen wird.

Händ Sie scho Oepfel?

Wer in diesen Wochen aus Einlagern denkt und die Preise vergleicht, ist wohl etwas erstaunt, wes- halb die Kanada-Reinetten so preiswert angeboten werden. Eine Pressefahrt ins Wallis gab Gelegenheit, dem Rätsel auf die Spur zu kommen.

Viele Jahre galt die Kanada-Reinette, einer der edelsten Tafeläpfel, als hauptsächlich Exportfrucht, ihr feines Fleisch, der milde Geschmack, machten sie vor allem bei den Pariser beliebt, während z. B. der Deutschschweizer eher säuerliche Sorten bevor- zugt. Leider wurde die Kanada-Reinette häufig über- reif angeboten, ein Apfel ohne Würze und fast etwas mehlig. Nicht allein der Produzent lernte aus den Er- fahrungen im Laufe der Jahre, sondern auch der Handel, und jetzt ist es durch überwachten Lager- handel, einen Teil der Ernte «vorrufen», wes- halb wir schon jetzt genussreiche Früchte kaufen können. Andere Parteien werden für die Zeit um die Jahreswende und zu Jahresbeginn vorgesehen und durch Kühlung bei + 3 bis 4 Grad geliegt es, Kanada-Reinetten noch im Frühjahr in voller Fri- sche auf den Markt zu bringen. Dass sich dabei durch Lagerschwund, vermehrte Arbeit usw. Preis- zuschläge rechtfertigen, ist einleuchtend. Aus diesem Grunde sollten wir uns die gegenwärtig überaus vor- teilhaften Preise zunutze machen. Die Eidgenössische Preiskontrollstelle legte für den kilowiseigen Verkauf in Sortierungsklasse I 80 bis 85 Rappen, in Sortie- rungsklasse II 50 bis 55 Rappen fest; für die Einke- llerung in Mengen ab 20 kg tritt eine Reduktion um 12 respektive 15 Franken je 100 kg ein, so dass in Klasse I mit wenig mehr als 60 Franken zu rechnen ist. Die günstigen Preise sind nicht allein Ergebnis der grossen Ernte, sondern beruhen auf einer Preis- politik der Stabilität (ineinanderrechnen der Preise guter und schlechter Jahre im Sinne des Landwirt- schaftsgesetzes), die sich ebenfalls zugunsten des

Konsumenten auswirkt. Dies zeigt sich z. B. auch bei den Preisen für inländische Sommerfrüchte sowie für die Tafelbirnen, welche zum grossen Teil unter- jenem der Importprodukte lagen.

Was bei der Kanada-Reinette sich dieses Jahr nicht qualitativ auswirkte, war das reichliche himmlische Nass, weil diese Sorte im Ge- gensatz zu andern Feuchtigkeit liebt, wenn andern- seits zumindest schöne Spätsommerwochen das Aus- reifen fördern. Diese günstigen Verhältnisse mögen nicht wenig zur grossen Ernte von mehr als 1000 Wagen, das heisst 10 Millionen kg, beigetragen ha- ben. Für den Konsument ist besonders die gute Qua- lität wichtig, und wenn man erst einmal entdeckt, dass dieser Apfel roh genossen ebenso gut schmeckt wie in unzählige feine Apfelperfekte verwandelt — nicht ohne Grund nennt man ihn «Apfel der Patis- siers» — so dürfte es für ihn leicht sein, die Gunst der Hausfrauen zu erobern. Beim Einkellern muss man sich merken, dass er nicht zu stark der Luft ausgesetzt werden sollte. Kisten, die mit Zeitungen ausgelegt werden — überhängende Teile über den Früchten zusammenschlagen — eignen sich aus- gezeichnet als Behälter. Man kann die Äpfel jedoch auch auf den Boden legen, Karton oder Stroh als Unterlage, und nachher mit Decken, Säcken oder Stroh zudecken. Auf diese Weise lohnt sich das Ein- kellern selbst bei wenig günstigen Verhältnissen.

Für die Teilnehmer an der Pressefahrt war es sehr aufschlussreich, die verschiedenen Lager zu besich- tigen und sich von Fachleuten orientieren zu lassen, mit welcher Sorgfalt diese edle Frucht gepflückt, sortiert und eingelagert wird. Am Konsument liegt es nun zu zeigen, dass er dies zu schätzen weiss und zur Schonung seines Geldbeutels und Förderung sei- ner Gesundheit recht viel Kanada-Reinetten ge- niess.

Die Lebensmittelversorgung unseres Landes

Unsere Behörden haben die Hausfrauen wieder- holt aufgefordert, die von ihnen vorgekehrten Mas-nahmen zur Sicherstellung der Lebensmittelversor- gung unseres Landes durch die Anlegung eines Haushaltvorrates zu unterstützen. Auf die in Zeiten normaler Versorgungslage angeschafften Vorräte soll in Krisenzeiten zurückgegriffen werden können. Der Notvorrat sollte pro Person 1 Liter Öl, 2 kg Zucker und 2 kg Reis umfassen. Es ist nach wie vor erwünscht, dass jede Haushaltung im Besitze des ent- sprechenden Notvorrates sei.

Die von unseren Behörden eingelagerten Lebens- mittel reichen nicht nur zur Erneuerung der Not- vorräte aus, sondern garantieren überdies unsere Versorgung auf lange Sicht. Ueberrüssige Einkäufe sind daher überflüssig und stören die normale Gü- tertverteilung. Auch sind sie ein Zeichen mangelnder Solidarität gegenüber unseren Nächsten. Mögen wir uns alle in diesen Tagen unserer Verpflichtungen bewusst sein!

Bund Schweizerischer Frauenvereine

Zivilschutz, ein nationales Problem

Die anschliessend anlässlich des Frauenstimm- rechtstages vom Frauenstimmrechtsverein Winter- thur gefasste Resolution lautet:

Wir sind von der Notwendigkeit des Zivilschutzes überzeugt und grundsätzlich zur Mitarbeit bereit. Der volle Einsatz der Frauen ist jedoch erst zu erreichen, wenn das Aktivbürgerrecht der Schweizer Frau zuvor eingeführt wird. Wir verlangen die sofortige Einführung, damit wir, dem Grundsatz unseres demokratischen Rechtsstaates entsprechend, über die Art und Weise unserer Einordnung in den Zivilschutzdienst selbst mitentscheiden können.

Die Heimversorgung von Schulkindern

(Fortsetzung)

Ergänzungen zu diesem Vortrag enthielt das zweite Referat von Jakob Seifert, Bezirksjugend- sekretär und Amtsvorstand in Rütli, mit dem Thema

Pflegefamilie oder Heim.

Er zeigte Vor- und Nachteile der beiden für das seelisch geschädigte Kind aus dessen Bedürfnis nach Geborgenheit und Heimat heraus, gleichzeitig die Frage stellend, welche Platzierung dem Kind eher zu einer Gesundung verhelfen kann.

Die Schwierigkeiten der Pflegefamilien bestehen bereits im Fehlen der Blutsverwandtschaft, welche die Überbrückung der Kontaktschwierigkeiten beim Kind erschwert. Erhöht können die Schwierig- keiten werden, wenn das gegenseitige Anknüpfen fehlt, wenn aus einem Missverständnis der abgewie- ren Reaktionen des Kindes dieses seelisch überfordert wird und negative Erziehungsmassnahmen ergriffen werden. Ist jedoch der Einsatz der Pflegefamilie verständnisvoll und pädagogisch richtig, so bietet sie den grossen Vorteil der natürlichen Familien- gemeinschaft, die dem Kind als solche das Wurzeln- schlagen und das Hineinwachsen in die menschliche Gesellschaft erleichtert.

Das Erziehungsteam seinerseits wird eine richtige Familie trotz Einführung des Familiensystems nie ersetzen können, es stellt ein willkürliches Kollektiv dar. Immer wird es Kinder geben, deren Veran- lagung ihnen ein Verwurzen im Kollektiv verun- möglicht, und Veranlagungen, denen das Kollektiv besser entspricht. Der grosse Vorteil des Heims liegt in den heilpädagogisch geschulten Erziehern, die ihm zur Verfügung stehen und die seelische Haltung des Kindes verstehen und zum Positiven lenken können. Jedes Kind hat ein natürliches Be- dürfnis nach Ordnung und Regelmässigkeit, das im Heim befriedigt wird, es kann sich dort denjenigen Erwachsenen auswählen, dem es sich in einem Ver- trauensverhältnis zuwenden will. Wo ein Kind eher eine neue Heimat wird finden können, die wic- tige Voraussetzung für eine gesunde Weiterent- wicklung ist, muss in jedem Fall individuell abgewogen werden, und allein davon darf die Art der Plazie- rung abhängen.

Möglichkeiten und Grenzen der Heimerziehung

Die Grenzen, die Jakob Seifert in seinem Vortrag gezogen hatte, wurden auch vom dritten Redner an- erkannt, dem Direktor der Taubstummenanstalt St. Gallen, Hans Ammann. Doch waren seine Hin- weise besonders wertvoll bezüglich der Massnah- men für die Gestaltung des Lebens im Heim, die die im Charakter des Heims liegenden Gefahren kompensieren können. Man spürte aus seinen Wor- ten, mit welcher Verantwortung und Liebe zum Kind der gute Heimleiter heute an seine schwere Aufgabe herangeht und alle, aus einer düsteren

Aktion «Gesundes Volk»

Es wäre uns unmöglich, auf alle die vielen Veran- staltungen näher einzutreten, die überall zu Stadt und zu Land in Form von Vorträgen, Aufführungen, Ausstellungen, Filmvorführungen, am Radio usw. im Kampfe gegen den Alkoholismus im Rahmen der Aktion gehalten wurden. Da wir uns das ganze Jahr hindurch mit Beiträgen immer wieder in den Dienst dieser Sache stellen, dürfen wir uns viel- leicht darauf beschränken, Organisation und Zweck der

Schweiz. Zentralstelle zur Bekämpfung des Alkoholismus

Avenue Dapples 5, Lausanne, hier zu erläutern. Die Zentralstelle ist eine politische und konfessionell neu- trale Institution auf gemeinnütziger Grundlage, mit der Aufgabe, das Schweizervolk über das Wesen und die Gefahren des Alkoholismus aufzuklären. Sie machte es sich von jeher zur Pflicht, sich in posi- tiver Weise einzusetzen für die gesunden Produkte aus dem einheimischen Boden: Obst, Süssmost, Milch, Traubensaft. — Die Zentralstelle wird unter- halten durch Zuwendungen von Privaten, Vereinen und Firmen, ferner durch Subventionen von Bund und Kantonen aus dem Alkoholzehntel.

Wichtigste Tätigkeitsgebiete

Auskunfts- und Beratungsdienst über alle Gebiete der Alkoholfrage, der unvergorenen Obst- und Traubenverwertung usw. für Behörden und Pri- vate. Unentgeltlich für jedermann. Richtlinien: sach- lich, auf wissenschaftlichen Grundlagen fussend.

Schweizerische Stiftung zur Förderung von

Gemeindestuben und Gemeindehäusern

Alljährlich, wenn die Blätter fallen, finden sich die Mitarbeiter, Freunde und Leiter der alkoholi- schen Betriebe zur Herbstversammlung im Kurhaus Rigiblick in Zürich zusammen. Vielleicht war die Aktion «Gesundes Volk» die Veranlassung, dass diesmal aussergewöhnlich viele Teilnehmer und Teilnehmerinnen erschienen. Sicher haben die ak- tuellen Thematika, behandelt von kompetenten Re- ferenten, das ihre dazu beigetragen.

Wie immer, begrüsst der Präsident des Stiftungs- wesens, Herr Professor Dr. Blanke die Versamm- lung und wies auf den Hauptinhalt der Tagung hin mit der Frage: «Wo stehen wir gegenüber den Süchten unserer Zeit?» Unsere Gemeindestuben haben heute mehr als je eine Mission zu erfüllen im Gebiete der Umwelt, als Heimstätten der Ruhe, Nüchternheit und Geselligkeit.

Herr alt Bundesrat Professor Dr. M. Weber, Bern, behandelte eingehend das Thema: «Alkohol und Volkswirtschaft», das neben der ethischen und medizinischen Auswirkung von grosser Tragweite ist. Ein verantwortungsbewusster Mensch trinkt kei- nen Alkohol, sein Beispiel kann vielen helfen. Wir kennen die Zahlen, die alljährlich von unserem Volk für Alkohol ausgegeben werden — sie sind erschreckend und die Folgen sehen wir in Irren- und Krankenhäusern, in Familienelend und Verbrechen.

Eine nach Alkoholgehalt abgestufte Getränkesteuer wäre zu begrüssen, die private Bekämpfung ist wich- tig. Die Diskussion war überaus lebhaft, berührte auch die Absinthfrage, die Einfuhr von ausländi- schem Süsswein, den Verkauf von Spirituosen in Lebensmittelgeschäften. «Sollich meines Bruders Hüter sein?» Diese brennende Frage be- handelte am Nachmittag Frau Fürsprech M. Hum- bert-Böschstein, Gunten, Präsidentin des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins, vom freudlich, persönlich-menschlichen Standpunkt aus in liebevoller Einfühlung in die grosse Verantwortung dem Nächsten gegenüber, während Herr Rechtsan- walt H. Schaller, Kantonsrat, Winterthur, als verantwortungsbewusster Politiker gegenüber der ganzen Menschheit sprach und vor allem eindring- lich warnte vor der katastrophalen «Chemisierung des gesamten Lebens, der Technisierung auf der ganzen Linie. Er berührte viele neuralgische Punkte unseres Wirtschafts- und Privatlebens von der Ge- fahr der künstlichen Düngung, Schädlingsbekämp- fung, der Ersatzstoffe, der Verarmung des Bodens, der Verschmutzung unserer Gewässer, der radioak- tiven Niederschläge, bis zur Pillensucht der Men- schen. Es gilt für die verantwortlichen Männer, die eingangs gestellte Frage mit einem überzeugten «Ja» zu beantworten.

M. Tanner

Man setze sich

seinen edlen nationalen Ge- fühlen nicht zur Wehr und koche besser heute schon mit dem herrlichen PIC- F E I N-Speisefett.

Höflichen Dank!

Heinrich Rusterholz AG., Speisefettwerk, Wädenswil

das trustfreie Schweizer Unternehmen!

Vergangenheit stammenden Schauergeschichten über Anstaltszucht Lügen straft. In der modernen, aufgeschlossenen Anstalt steht unbedingt das seelische, geistige und körperliche Wohl des Kindes und seine Bedürfnisse im Vordergrund.

Erwähnen wir von den nicht nur in St. Gallen, sondern auch in vielen unserer zürcherischen Heime angewandten Massnahmen zur Gestaltung einer nicht mehr unpersönlichen Atmosphäre die Einführung des Familiensystems, das freie Gewährlernen des Kindes beim Spiel und bei der Pflege eines Hobbys, die Ueberlassung von eigenem Spielzeug und einer eigenen Schublade, die Gewährung freier Nachmittage, die Veranstaltung von Festen zusammen mit der Dorfjugend und das Öffnen des Heims für möglichst häufige Besuche der Eltern, wo dies verantwortet werden kann. Besonderes Gewicht legte Hans Ammann auf die Pflege eines engen Kontaktes mit den Eltern, denen die Verantwortung für die Betreuung ihres Kindes nicht ganz abgenommen werden soll. Durch Uebertragung besonderer Aufgaben an diese sollen sie aktiviert werden, durch Beratung lernen, zu ihrem Kinde und seiner Situation zu stehen. Wenn die Eltern dies können, und eine weitere Öffentlichkeit Einsicht gewinnt in Ziele, Aufgaben und Arbeitsweise des Erziehungsheimes, so werden sie sich positiv einstellen, und die Kritik wird ein anderes Gesicht erhalten.

Heim und öffentliche Meinung

Wie verhält sich die öffentliche Meinung zu den in der Heimerziehung erzielten Fortschritten, ist sie bereit, diese zu würdigen und die Anstrengungen in dieser Richtung zu unterstützen, oder ist ihre Haltung eine vorwiegend negative, die nur reagiert,

wenn Fehler bekannt werden? Auch diese Frage beschäftigt die Kursteilnehmer stark in den lebhaften Diskussionen, neben den praktischen Fragen der Abklärung der Versorgungsbedürftigkeit, des Kontaktes zwischen Eltern und Heim und der Gestaltung des Heimlebens. Von allen Seiten war dabei ein ehrliches Bemühen um das Wohl des Kindes zu verspüren, und wenn die Öffentlichkeit versteht, dass es allein um dieses geht, so wird sich bestimmt auch ihre Einstellung ändern.

Das will nun nicht heissen, dass alle Schwierigkeiten bereits behoben sind. Es gibt solche, die von Jugendführern und Heimleitern allein nicht überbrückt werden können, an deren Lösung gerade die Öffentlichkeit Mitverantwortung trägt und vermehrt zu tragen bereit sein sollte. Wir denken hierbei vor allem an die Personalfrage, mit der eine gute Jugendfürsorge steht und fällt. Wenn unsere Jugendsekretäre in einem unverantwortbaren Mass mit Arbeit überlastet sind, wenn die Heime nicht genügend geschulte Erzieher bekommen können, weil die Lohn- und Arbeitsbedingungen ungenügend sind, so leiden darunter auch die heimerzogenen Kinder und ihre Betreuung. Diese Fragen zusammen mit der Bewilligung von grosszügigeren Budgets für die mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfenden Heime und der Verjüngung und Erweiterung der Hauskommissionen auf alle Bevölkerungsschichten gehen das Volk nicht minder an als die Fachleute. Wenn von den letzteren alle Anstrengungen unternommen werden, um das Kind in seinem seelischen Gedeihen zu unterstützen, dann wollen auch wir dort unsere Hand bieten, wo sie benötigt wird.



Radiosendungen

er. Montag 12. November 14 Uhr: Notiers und probiers — Der Chef de cuisine kommt — Grosse Puppe selbst gemacht — Das Rezept — Was möchten Sie wissen? Dienstag, 14 Uhr: Auf Tierfang in Indien. Reportage von Rita Remy. Mittwoch, 14 Uhr: Wir Frauen in unserer Zeit. Berichte aus dem In- und Ausland. Donnerstag, 14 Uhr: 1. Wizo in Israel. 2. Caracas — Licht und Schatten. Freitag, 14 Uhr: 1. Aus der Arbeit des Eheberaters. 2. Auftrag der Frau. Ueber ein Buch von Ursula von Mangoldt.

Kinder- und Jugendsendungen

Montag, 12. November, 14.30 Uhr: Schulfunk: «Der Tod und das Mädchen» von Schubert, 16 Uhr: «Der Alibababaseldytsch», Vorlesung, 17.30 Uhr: Peter und der grosse Pfiff. Spiel in vier Pfiffen. Dienstag, 10.20 Uhr: Schulfunk: Kautschuk. Hörfolge. Mittwoch, 14.30 Uhr: Schulfunk: «Die Bettlerin», Betrachtung eines Gemäldes von Frank Buchser. Freitag, 11 Uhr: Jugend spielt Werke von Mozart, 14.30 Uhr: Schulfunk: Der Bergsturz von Elm. Hörfolge, 17.30 Uhr: De Kalendermaa. Hörspielreihe. Samstag, 18 Uhr: Kurier der Jungen.

Redaktion

Frau B. Wehrli-Knobel, Birmensdorferstrasse 426 Zürich 55, Tel. 051/35 30 65
Wenn keine Antwort: (051) 26 81 51

Verlag:

Genossenschaft «Schweizer Frauenblatt», Präsidentin: Frl. Dr. E. Nägeli, Trollestrasse 28, Winterthur

Leute loben Leder Lochers Leder
Leder Locher, beim Fraumünster, Zürich

Ein Inserat im Schweizer Frauenblatt hilft Ihren Umsatz steigern!

J. Leutert

Spezialitäten in Fleisch- und Wurstwaren

Metzgerei Charcuterie

Zürich 1

Schützengasse 7
Telephon 23 47 70

Telephon 27 48 88
Filiale Bahnhofplatz 7

Handweben

Währschafte Handwebstoffe und Fertigsachen

Trachtenstoffe und Zubehör
Ficuz, Trachtenstrümpfe
u. m. Schürzen in verschiedenen Modellen für gross und klein. Jackens-
stoffsätze für Vorhänge.
Shirtings, gewaschen. Tisch-
und Couchdecken, Möbel-
stoffe, Kleiderstoffe, Japen
in verschiedenen Farben
Bettzeug, Handtuch- und
Handkerchentücher.

Über 25 Jahre **HILFE FÜR DIE BERGGEVÖLKERUNG**
HANDWEBEREI ZÜRCHER OBERLAND Genossenschaft zur Förderung der Heimarbeit unter d. Bergbevölkerung. Geschäfts-
stelle in SAUMA. Leiter: A. Huber-Kägi. Tel. (052) 46160

WEBSTUBE TRIN-DIGG

BÜNDNER OBERLAND
Tel. (081) 4 81 15 Gegr. 1928

Handwebarbeiten

jedlicher Art nach eigenen
Entwürfen oder gelieferteten
Mustern zu vorteilhaften Prei-
sen.
Verlangen Sie unverbindliche
Auswahl.

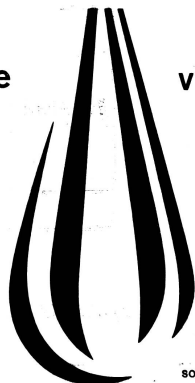


Tapeten sind wie alte Hausschuhe; wenn man sie lieb gewonnen hat, hält es schwer, sich davon zu trennen. — Trotzdem sollte ihr Heim von Zeit zu Zeit eine neue Note erhalten. In unserer Kollektion sind diskrete, zeitlose Tapeten ebenso zahlreich vertreten wie moderne Sujets, die die Frische der neuzeitlichen Wohnkultur ausstrahlen.

Jakob Benz & Co., Tapeten, Vorhänge
Zürich 6
Schaffhauserstrasse 32. Tel. (051) 26 23 81.

BENZ+CO

Eine vielseitige



Küchenhilfe...



Pavidol

... immer noch das Beste!

so kann man Pavidol ohne Übertreibung nennen. Ob zur Verfeinerung von Suppen, Saucen und Fleischgerichten oder zur Herstellung von delikaten Puddings und anderen Süssspeisen, zum Backen von Torten und Kuchen — immer bewährt sich das altbekannte Pavidol, weil es den Gerichten die letzte Abrundung, den letzten «Schliff» verleiht und in seiner Zusammensetzung den neuesten Erkenntnissen der Ernährungswissenschaft entspricht.

Ein hübsches Büchlein mit 215 feinen Rezepten gratis gegen Einsendung von 2 Paketstücken an:
Dütschler & Co. St. Gallen

90% aller Einkäufe besorgt die Frau. Mit Inseraten im «Frauenblatt», das in der ganzen Schweiz von Frauen jeden Standes gelesen wird, erreicht der Inserent höchsten Nutzeffekt seiner Reklame



Messerwaren und Bestecke
Bahnhofstr. 31, Zürich
Tel. 23 95 82



Zürich Schipfe 3
Tel. 23 91 07

Salat isch gsund!



Die Tage werden kürzer, der Nebel schleicht übers Land und nur spärlich ist der Sonnenschein, den wir alle so nötig haben. — Doch wir haben ja noch aufgespeicherte Sonnenkraft, greifen wir gerade jetzt zu den köstlichen Herbstsalaten. Sie enthalten Sonnenenergie und kostbare Vitamine. — Der Salat ist aber nur mündig und schmackhaft, wenn er mit einer guten Salat-Sauce zubereitet ist. Das Geheimnis einer erstklassigen Salat-Sauce ist ausser gutem Öl und Essig Knorr-Aromat. Die Sauce wird chüstig wie noch nie und hebt das Aroma der Salat-Gemüse noch besonders hervor. Knorr-Aromat ist ein vollständig fertigtes Würzmittel.

1 gestrichener Kaffeelöffel KNORR-AROMAT (oder 1 Würfel KNORR-AROMAT), ½ Kaffeelöffel Senf, 2 Esslöffel Essig, 4-5 Esslöffel Öl, nach Belieben fein geschnittene Zwiebeln, Petersilie, Schnittlauch oder andere Küchenkräuter.

Zu jedem Salat — Knorr-AROMAT

H. Schwarzenbach

Telephon 24 17 14 Zürich 1 Münsterstrasse 19
Eigene modernste Kaffee-Rösterei
Filiale in Winterthur

Colonialwaren, Conserven
Südfrüchte, Dörrobst, Eier
Bekannt billigste Preise Streng reelle Bedienung



Tägliche Fragen???

Wie Rasch gut preiswert
was Tellerservice
Wann 11.00 bis 14.00 täglich
Wo Gipfelstube Marktgasse 18
W. Bertelsmann Sohn Tel. 24 50 16

Inserieren im Frauenblatt bringt Erfolg!



Sammlung und Abzeichenverkauf im November

Auch in der Heimat gibt es Sorge und Not